



## Auszug aus dem substanziellen Protokoll 129. Ratssitzung vom 22. Januar 2025

### 4204. 2024/565

#### **Parlamentarische Initiative der AL-Fraktion vom 04.12.2024: Erhöhung des Ferienanspruchs auf mindestens fünf Wochen, Anpassung der Verordnung über das Arbeitsverhältnis des städtischen Personals (PR)**

*Dr. David Garcia Nuñez (AL) begründet die Parlamentarische Initiative (vergleiche Beschluss-Nr. 4055/2024): Seit Jahrhunderten setzt sich die Politik damit auseinander, wie Arbeit, Lohn und Freizeit im Verhältnis zueinanderstehen sollen. Die Frage war und ist für zahlreiche ausserparlamentarische soziale Bewegungen ein zentraler Antrieb. Die Einführung des Acht-Stunden-Tages, der Mindestlohn und das Recht auf Urlaub sind keine Selbstverständlichkeiten. Es sind Errungenschaften, die sich unsere Vorgänger\*innen in der Arbeiter\*innenbewegung und in den Gewerkschaften erstritten haben. Heute führen wir den Kampf im Parlament fort. Die AL verlangt mittels Parlamentarischer Initiative eine minimale Ferienzeit von fünf Wochen für alle städtischen Angestellten. Staatsangestellte ermöglichen das soziale und wirtschaftliche Funktionieren der Gesellschaft. Zuletzt hat sich das während der Pandemie bestätigt. Ohne den Einsatz von Pflegefachpersonen, Putz- und Entsorgungspersonal, also jenen Menschen, die die öffentlichen Betriebe am Laufen halten, wäre unsere Gesellschaft komplett gestrandet. Für die Helden des Service public haben wir auf unseren Balkonen geklatscht und im Parlament pompöse Dankesreden gehalten. Sogar ein neuer Begriff wurde für sie erfunden: die systemrelevanten Branchen. All diese vergänglichen Verdienstanerkennungen täuschen nicht über den hohen Preis hinweg, den die Arbeiter\*innen für die intensive Effizienzsteigerung zahlen mussten. Burn-out, chronische Erschöpfung und stressbedingte Krankheiten stellen in strukturelevanten Betrieben schon lange keine Ausnahme mehr dar, sondern sind Alltag. Zahlen des Bundesamts für Statistik zeigen, dass 25 Prozent der Frauen und 21 Prozent der Männer unter permanentem Stress am Arbeitsplatz leiden. Im Gesundheits- und Sozialwesen liegt die Quote bei 29 Prozent. Es muss sich etwas ändern. Die Menschen, die in systemrelevanten Branchen arbeiten, sind keine Maschinen. Um die Kluft zwischen gesteigerter Produktivität und dem Bedürfnis nach Erholung zu verkleinern, fordert die AL strukturelle Massnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Wir wollen nicht die städtischen Institutionen bashen. Aber wenn man die eigentlich fairen Leistungen der Stadt Zürich mit denen anderer Kantone vergleicht, sind sie durchschnittlich. Mitarbeitende vom 21. bis zum 49. Altersjahr haben lediglich vier Ferienwochen pro Jahr. In den strukturelevanten Bereichen ist es noch schlimmer: Die 4-Ferienwochen-Quote liegt bei der Polizei bei 60 Prozent, im Schulamt bei 61 Prozent, bei Schutz & Rettung bei 64 Prozent und bei den Sozialen Einrichtungen und Betrieben bei*



2 / 2

*67 Prozent. Überproportional betroffen sind alle bis Funktionsstufe 11, damit vor allem Frauen. Wir wollen nicht, dass der Stadtrat die betreffenden Mitarbeiter\*innen für die Ferientage entschädigt. Denn in diesem konkreten Fall ist Zeit wichtiger als Geld. Das heisst allerdings nicht, dass das Ganze nichts kostet. Der AL sind die finanziellen Konsequenzen der neuen sozialen Errungenschaft, die wir heute fordern, bewusst. Wir sind aber der Meinung, dass sich Zürich diese Ausgaben leisten kann. Die Kosten dürften sich zwischen 30 und 40 Millionen Franken jährlich bewegen. Das entspricht dem Betrag, den der bürgerlich dominierte Kanton Zürich seit sechs Jahren ausgibt, um den eigenen Angestellten mindestens fünf Ferienwochen zu ermöglichen. Zu bedenken ist, dass die Erhöhung der Ferienzeit die Produktivität der Mitarbeiter\*innen steigern wird. Ausserdem wirkt die Massnahme präventiv, indem die mentale Gesundheit der Angestellten verbessert wird. Mehrere Studien zeigen, dass Mitarbeiter\*innen, die sich ausreichend erholen können, motivierter sind und langfristig am selben Arbeitsort bleiben, womit die Fluktuationsrate gesenkt werden kann. So vereinfacht die Erhöhung der Ferienzeit auch die Personalrekrutierungskosten. Nun stellt sich nur noch die Frage, wieso auf unsere parlamentarische Initiative trotz all dieser Vorteile nicht eingetreten wird. Die kurze Antwort lautet: Die SP, die gerne die rote Fahne schwenkt, möchte in dieser Gelegenheit die Anpassung des Personalrechts dem allmächtigen Stadtrat überlassen. Das ist erstaunlich. Wir wissen, was der Stadtrat von Arbeitsreduktion hält. Die Einführung der städtischen 35-Stunden-Woche geht langsam voran, obwohl sie vom demokratisch gewählten Parlament befürwortet wurde. Auf die direkte Frage, ob sich der Stadtrat eine Erhöhung der Ferienzeit vorstellen kann, antwortete er im Januar 2023: «Für eine allfällige Anpassung der Mindestanzahl Ferienwochen liegt zurzeit kein Projekt vor, da die aktuelle Ferienregelung mit den individuellen Ansprüchen auf vier, fünf oder sechs Wochen Ferien sowie generell sechs Betriebsferientagen pro Jahr als ausreichend attraktiv und wettbewerbsfähig beurteilt wird.» Wie man bei einer solchen Aussage darauf hoffen kann, dass der Stadtrat im Sinn der parlamentarischen Initiative handelt, bleibt das Geheimnis der SP.*

Die Parlamentarische Initiative wird von 23 Ratsmitgliedern unterstützt, womit das Quorum von 42 Stimmen gemäss Art. 139 Abs. 2 GeschO GR nicht erreicht ist.

Damit ist das Geschäft erledigt.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat